



SITZUNGSVORLAGE

Nr. **1 7 - V - 8 0 - 8 0 0 2**

(Jahr-V-Amt-Nr.)

Betreff:

Dezernat(e) III/80

Arbeitsmarktprojekt 'Neue Wege in den Beruf' - Projektverlängerung 2017 bis 2020

Anlage/n siehe Seite 3

Bericht zum Beschluss Nr. vom

Stellungnahmen

Personal- und Organisationsamt	nicht erforderlich <input type="radio"/>	erforderlich <input checked="" type="radio"/>
Kämmerei	reine Personalvorlage <input type="radio"/>	→ s. unten <input checked="" type="radio"/>
Rechtsamt	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Umweltamt: Umweltprüfung	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Frauenbeauftragte nach - dem HGIG	nicht erforderlich <input type="radio"/>	erforderlich <input checked="" type="radio"/>
- der HGO	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Straßenverkehrsbehörde	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Projekt-/Bauinvestitionscontrolling	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Sonstige:	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>

Beratungsfolge

DL-Nr.

(wird von Amt 16 ausgefüllt)

a)	Ortsbeirat	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
	Kommission	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
	Ausländerbeirat	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
b)	Seniorenbeirat	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
	Magistrat	Tagesordnung A <input type="radio"/>	Tagesordnung B <input checked="" type="radio"/>
	Eingangsstempel Büro des Magistrats	Umdruck nur für Magistratsmitglieder <input type="checkbox"/>	
	Stadtverordnetenversammlung	nicht erforderlich <input type="radio"/>	erforderlich <input checked="" type="radio"/>
	Ausschuss	öffentlich <input checked="" type="radio"/>	nicht öffentlich <input type="radio"/>
	Eingangsstempel Amt 16	<input checked="" type="checkbox"/> wird im Internet/PIWI veröffentlicht	

Bestätigung Dezernent

B e n d e l

Stadtrat

Vermerk Kämmerei

Wiesbaden, 28.12.2016

- Stellungnahme nicht erforderlich
 Die Vorlage erfüllt die haushaltsrechtlichen Voraussetzungen.
 → siehe gesonderte Stellungnahme

i.V. Goßmann
Bürgermeisterr

B Kurzbeschreibung des Vorhabens

Die Inhalte dieses Feldes werden (außer bei vertraulichen Vorlagen, wie z. B. Disziplinarvorlagen) im Internet/Intranet veröffentlicht und dürfen den Umfang von 1200 Zeichen nicht überschreiten (soweit erforderlich: Ergänzende Erläuterungen s. Pkt. IV.; bei einigen Vorlagen (z. B. Personalvorlagen) entfallen die weiteren Ausführungen ab Pkt. I.)
Es dürfen hier keine personenbezogenen Daten im Sinne des Hessischen Datenschutzgesetzes verwendet werden (Ausnahme: Einwilligungserklärung des/der Betroffenen liegt vor). Es handelt sich um ein **Pflichtfeld**.

Das Arbeitsmarktprojekt 'Neue Wege in den Beruf' zur Integration schwer behinderter Menschen in eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung soll um weitere drei Jahre verlängert werden.

Durch die Teilnahme am Projekt erhalten insgesamt 20 schwerbehinderte Personen aus Wiesbaden die Möglichkeit, während einer zweijährigen sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung bei der Landeshauptstadt Wiesbaden berufliche Erfahrungen zu sammeln. Dies erfolgt zeitlich gestaffelt in zwei Gruppen. Durch gezielte Qualifikation und intensive Vermittlungsarbeit eröffnen sich für diese neue Chancen auf eine Folgebeschäftigung im ersten Arbeitsmarkt.

Anlagen:

C Beschlussvorschlag:

1. Der Magistrat wird ermächtigt, das Arbeitsmarktprojekt ‚Neue Wege in den Beruf‘ ab dem 01.07.2017 für weitere drei Jahre umzusetzen.
2. Die Gesamtkosten für die Umsetzung betragen 1.095.206 €. Die Mittel stehen bei der Beschäftigungsförderung, Produkt 1.15.02.001 (1. Arbeitsmarkt) zur Verfügung und sollen auf den Innenauftrag 102801 (Neue Wege in den Beruf), Kostenart 785798, umgesetzt werden.

D Begründung

I. Auswirkungen der Sitzungsvorlage

(Angaben zu Zielen, Zielgruppen, Wirkungen/Messgrößen, Quantität, Qualität, Auswirkungen im Konzern auf andere Bereiche, Zeitplan, Erfolgskontrolle)

Das Projekt ‚Neue Wege in den Beruf‘ wurde am 01.06.2007 gestartet und jeweils mit Stadtverordnetenbeschluss viermal verlängert. In diesem Zeitraum haben bislang zehn Teilnehmergruppen zeitlich versetzt das Projekt durchlaufen. Zwei dieser Teilnehmergruppen durchlaufen dieses aktuell noch. Eine der beiden aktuellen Teilnehmergruppen endet fristgemäß am 15.11.2017, die andere Gruppe endet am 30.06.2018. Aufgrund des bisher erfolgreichen Verlaufs soll das Projekt für weitere drei Jahre und damit für zwei weitere Gruppen verlängert werden. Die erste der beiden neuen Teilnehmergruppen soll frühestens am 01.07.2017 starten, Ende der Projektgesamtlaufzeit ist der 30.09.2020.

Zielsetzung und Zielerreichung

Zielsetzung des Projektes ist die Integration Arbeit suchender, schwer behinderter Menschen in den ersten Arbeitsmarkt. Erreicht werden soll dieses Ziel durch Qualifizierung ‚on the job‘, durch ergänzende interne und externe individuelle Qualifizierungsmaßnahmen, durch ein zielgruppengerechtes Bewerbungstraining sowie die Begleitung der Projektteilnehmenden und deren Vorgesetzten durch eine direkt zugeordnete, externe Integrationskraft. Dies erfolgt auf Basis des gemeinsam von Amt 11, Amt 80 und der gemeinnützigen Gesellschaft für Integrationsfachdienste Wiesbaden-Rheingau-Taunus mbH (GID) erarbeiteten Konzeptes, das während der bisherigen Projektlaufzeit stets an die aktuellen Erfordernisse angepasst und verfeinert wurde. Um den Vermittlungserfolg weiter zu steigern erfolgt zusätzlich in abgestimmten Fällen eine Nachbetreuung durch die GID für bis zu drei Monate nach Ausscheiden aus dem Projekt.

Zielgruppe

Es ist beabsichtigt, in 2017 und 2018 jeweils bis zu zehn Personen in Vollzeit in das Projekt

aufzunehmen. Da erfahrungsgemäß im Bereich der Schwerbehinderung fallweise nur Teilzeitbeschäftigung sinnvoll ist, können je nach den individuellen Voraussetzungen pro Staffel auch mehr Personen einen Arbeitsplatz erhalten. Die Kunden der Agentur für Arbeit oder des Jobcenters, die eine positive Prognose für den ersten Arbeitsmarkt haben, werden für gezielte Tätigkeiten in den städtischen Ämtern zugewiesen, die vorab von Amt 11 ermittelt werden. Teilnehmer im Projekt sind ausschließlich schwerbehinderte Personen mit Wohnsitz in Wiesbaden. Die Beschäftigungsdauer der einzelnen Teilnehmenden ist auf zwei Jahre begrenzt.

Vorgehen

Die Projektteilnehmenden und deren Vorgesetzte werden vom ersten Tag an durch den Integrationsfachdienst GID und die Gesamtschwerbehindertenvertretung der Landeshauptstadt unterstützt. Dies betrifft sowohl die alltägliche Arbeit während der Beschäftigungszeit als auch die Suche nach einer Anschlussbeschäftigung. Die Projektteilnehmenden nutzen das interne Seminarprogramm der Landeshauptstadt und werden zusätzlich gezielt bedarfsgerecht extern qualifiziert. Unabdingbar erforderliche Sachmittel werden, sofern sie nicht aus Beständen darstellbar oder aus anderen Quellen wie z.B. Versicherungsträgern finanzierbar sind, aus Projektmitteln finanziert.

Kooperationspartner in ‚Neue Wege in den Beruf‘ sind die Agentur für Arbeit, das städtische Jobcenter sowie Dezernat III/11/80. Die Projektleitung liegt bei Dezernat III/80 Abteilung Beschäftigungsförderung. Träger ist die Landeshauptstadt Wiesbaden. In der Projektumsetzung zieht Dezernat III/80 zur Begleitung der Projektteilnehmenden und zur intensiven Vermittlungsunterstützung die GID hinzu.

Die Interessenvertretungen der Stadtverwaltung werden von der Beschäftigungsförderung im Rahmen der regelmäßigen Treffen der Projektsteuerungsgruppe beteiligt.

Das Projekt hat hohe Anerkennung im öffentlichen Raum und trägt im Besonderen dazu bei, Menschen, die nur wenig oder geringe Chancen auf Teilhabe am Arbeitsleben haben, zu integrieren.

Projektkalkulation

Es ergeben sich Projektkosten in Höhe von 1.095.206 € bei einer Laufzeit von drei Jahren. Diese verteilen sich wie folgt:

Kostenart	Betrag in €
Lohn- bzw. Personalkosten für 20 Personen in Vollzeit (6 mal E2, 14 mal E5)*	1.244.336
<i>./. kalk. externe Lohnzuschüsse(Eingliederungszuschüsse) (Jobcenter, AA)**</i>	<i>-295.530</i>
Kosten für Integrationsfachdienst (GID)	122.400
<i>./. Einsparungen durch personenindividuelle Beteiligung des Integrationsamtes***</i>	<i>-20.000</i>
Kosten für Bewerbungstraining	4.000
Sachmittel (Büro- und Hilfsmittel, individuelle externe Weiterbildung)	40.000
Gesamtkosten	1.095.206

* Die individuelle Eingruppierung ist abhängig vom jeweiligen Aufgabengebiet.

** EGZ sind individuell, kalkuliert ist mit 1 Jahr Förderung in Höhe von 50 % der Personalkosten für AA, mit 6 Monate Förderung 50 % und 6 Monate Förderung 40 % der Personalkosten für Jobcenter unter der Annahme, dass jeweils die Hälfte der Teilnehmer aus AA bzw. Jobcenter zugewiesen werden.

*** Basierend auf den Erfahrungswerten der letzten beiden Gruppen wird je Gruppe eine Einsparung von 10.000 € angesetzt.

Finanzierung

Die optimalen Refinanzierungsmöglichkeiten werden mit den Kooperationspartnern Agentur für Arbeit und Jobcenter ausgeschöpft. Während des Projektverlaufes wird zudem stets darauf geachtet, mögliche weitere Refinanzierungsmöglichkeiten aus bestehenden und neuen Förderprogrammen, die sich direkt aus der persönlichen Situation der einzelnen Teilnehmenden ergeben, auszuschöpfen.

Bisherige Projektergebnisse

a) Gesamt

Bislang waren im Projekt 110 Teilnehmerplätze genehmigt, insgesamt 122 Personen in zehn Gruppen haben an dem Projekt teilgenommen. Insgesamt liegt das Vermittlungsergebnis für die

abgeschlossenen Teilnehmergruppen eins bis acht bei 50,50 %. Da die Gruppen neun und zehn derzeit noch im Projekt sind und die verschiedenen Vermittlungsaktivitäten laufen, werden nachfolgend die Ergebnisse der beiden letzten, abgeschlossenen Gruppen sieben und acht dargestellt.

b) **Gruppe sieben**

Die Gruppe startete mit zwölf Personen, sechs davon weiblich. Die Altersspanne zu Beginn der Maßnahme war sehr weit und reichte von 21 bis 58 Jahren. Sechs der Teilnehmenden gehörten zur Gruppe der Ü 50.

Berufliche Qualifikationen

Von insgesamt zwölf Teilnehmenden verfügten elf über eine qualifizierte Berufsausbildung, nur eine Person hatte keinen Berufsabschluss.

Fünf Personen mit Abschluss verfügten über kaufmännische Qualifizierungen. Drei davon wurden vor Projektteilnahme umgeschult, da sie in ihrem früheren Beruf nicht mehr arbeiten konnten. Folgende Berufsabschlüsse lagen vor: Bürokauffrau/mann, Kauffrau für Bürokommunikation, Fremdsprachensekretärin, Kaufmann im Gesundheitswesen, Karosseriebauer, Gas- und Wasserinstallateur, Mechaniker, Drucktechniker (Digitaldruck), Technischer Zeichner, Bäckereifachverkäuferin sowie ohne Berufsabschluss

Erwerbslosigkeit

Bei fünf Personen lag die letzte sozialversicherungspflichtige Tätigkeit bis zu einem Jahr zurück, bei zwei Personen bis zu drei Jahre und bei fünf Personen über fünf Jahre.

Behinderung

Schwerpunkt bei den Behinderungsarten waren körperliche Behinderungen (sieben Personen), gefolgt von organischen und Sinnesbehinderungen (je zwei Personen) sowie neurologischen Behinderungen (eine Person).

Vermittlung

Sieben Teilnehmende (58,33 %) wurden in sozialversicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse vermittelt. Eine Teilnehmerin schied bereits während der Probezeit aus, bei zwei Personen konnte Erwerbsminderungsrente bzw. EU-Rente geklärt werden. Für sechs der vermittelten Teilnehmenden wurden sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze im externen ersten Arbeitsmarkt gefunden, drei davon unbefristet. Eine Teilnehmerin wurde bei der Stadt Wiesbaden unbefristet eingestellt.

c) **Gruppe acht**

Die Gruppe startete mit elf Personen, fünf davon weiblich. Die Altersspanne zu Beginn der Maßnahme reichte von 21 bis 51 Jahren. Ein Teilnehmer gehörte zur Gruppe der Ü 50.

Berufliche Qualifikationen

Alle elf Teilnehmenden verfügten über eine qualifizierte Berufsausbildung.

Neun Personen verfügten über kaufmännische Qualifizierungen. Zwei davon wurden umgeschult, da sie in ihrem früheren Beruf nicht mehr arbeiten können. Folgende Berufsabschlüsse lagen vor: Bürokauffrau/mann, Kauffrau für Bürokommunikation, Einzelhandelskauffrau, Fachangestellte für Bürokommunikation, Dachdecker, Helfer in der Hauswirtschaft.

Erwerbslosigkeit

Bei fünf Personen lag die letzte sozialversicherungspflichtige Tätigkeit bis zu einem Jahr zurück, bei drei Personen bis zu drei Jahre und bei zwei Personen über fünf Jahre.

Behinderung

Schwerpunkt bei den Behinderungsarten waren körperliche Behinderungen (vier Personen), gefolgt von neurologischen und psychischen Behinderungen (je drei Personen) sowie organische Behinderungen (eine Person).

Vermittlung

Vier Teilnehmende (36,36 %) wurden in sozialversicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse vermittelt, davon zwei von der Stadt unbefristet übernommen. Drei Personen schieden noch während der Probezeit aus. Bei vier Personen zeichneten sich bereits frühzeitig behinderungsbedingte Einschränkungen der Erwerbsfähigkeit bzw. des Leistungsvermögens ab. Für zwei von diesen wurde die Erwerbsunfähigkeitsrente erwirkt.

Die Sitzungsvorlage ist mit dem Personal- und Organisationsamt (Amt 11) abgestimmt.

II. Demografische Entwicklung

(Hier ist zu berücksichtigen, wie sich die Altersstruktur der Zielgruppe zusammensetzt, ob sie sich ändert und welche Auswirkungen es auf Ziele hat. Indikatoren des Demografischen Wandels sind: Familiengründung, Geburten, Alterung, Lebenserwartung, Zuwanderung, Heterogenisierung, Haushalts- und Lebensformen)

Am Projekt können Personen der beschriebenen Zielgruppe unabhängig von Alter oder Geschlecht teilnehmen. Gerade älteren schwerbehinderten Leistungsberechtigten wird so ein neuer Zugang zum ersten Arbeitsmarkt geschaffen.

III. Umsetzung Barrierefreiheit

(Barrierefreiheit nach DIN 18024 (Fortschreibung DIN 18040) stellt sicher, dass behinderte Menschen alle Lebensbereiche ohne besondere Erschwernisse und generell ohne fremde Hilfe nutzen können. Hierbei ist insbesondere auf die barrierefreie Zugänglichkeit und Nutzung zu achten bei der Erschließung von Gebäuden und des öffentlichen Raumes durch stufenlose Zugänge, rollstuhlgerechte Aufzüge, ausreichende Bewegungsflächen, rollstuhlgerechte Bodenbeläge, Behindertenparkplätze, WC nach DIN 18024, Verbreitung von Informationen unter der Beachtung der Erfordernisse von seh- und hörbehinderten Menschen)

IV. Ergänzende Erläuterungen

(Bei Bedarf können hier weitere inhaltliche Informationen zur Sitzungsvorlage dargelegt werden.)

V. Geprüfte Alternativen

(Hier sind die Alternativen darzustellen, welche zwar geprüft wurden, aber nicht zum Zuge kommen sollen.)

Wiesbaden,
808010

2. Januar 2017
Beate Betz (2991/bb)

Detlev Bendel
Stadtrat